



## **16. Landtag von Baden-Württemberg, 31. Sitzung**

**Mittwoch, 5. April 2017, 09:30 Uhr**

### **Dr. Albrecht Schütte MdL: "Gegen die Feinstaubproblematik brauchen wir innovative Ideen!"**

„Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren von der SPD: Nachdem Sie fünf Jahre lang nichts zur Luftreinhaltung gemacht haben, nachdem Sie an dem Straßensanierungsstau nichts geändert haben, bescheren Sie uns heute wenigstens eine Debatte zum Thema Verkehr.

Eines muss man sagen: Sie sind nach wie vor jegliche Lösungsansätze schuldig geblieben. Sie haben keine einzige Idee.

Zum Thema Luftreinhaltung einige inhaltliche Dinge, weil man sie gerne in der Berichterstattung gerne vergisst. Es geht um zwei völlig verschiedene Sachen: Da sind die Stickoxide, ein Gas, auf der einen Seite, und da ist der Feinstaubpartikel  $< 10 \mu\text{m}$  auf der anderen Seite. Und während Stickoxide tatsächlich aus den Auspuffen von Dieseln stammen, trifft das beim Feinstaub überhaupt nicht zu. Nicht einmal 7 % des Feinstaubs kommen aus Autoabgasen, der Rest ist eine Hintergrundbelastung oder es stammt von Kaminen und häufig vom Abrieb von Bremsen und Reifen. Das heißt, auch eine vollständige Umstellung auf E-Mobilität, würde das das Feinstaubproblem nicht lösen. Und während Sie, meine werten Damen und Herren von der SPD, in den letzten fünf Jahren nichts gemacht haben, lag zu Beginn der neuen Koalition das Vergleichsangebot des Gerichts schon auf dem Tisch. Es gab nur noch die Möglichkeit, entweder wir riskieren, dass pauschale Fahrverbote verhängt werden seitens eines Richters oder wir tun etwas, was Sie nicht tun wollten, nämlich gemeinsam mit dem Verkehrsminister zu handeln. Zugegeben, manchen – z. B. der „Grünen Jugend“ muss ich jetzt einmal sagen –, fällt außer pauschalen Fahrverboten zu diesem Thema tatsächlich nichts ein.

Aber in der Koalition arbeiten wir zusammen, denn wir sind es den Menschen schuldig, die auf ihr Auto als Gewerbetreibender oder Anlieger angewiesen sind, die Eingriffe so gering wie möglich zu halten. Schließlich können es sich die wenigsten leisten, neben einem Auto mit einem geraden Nummernschild auch noch eines mit einem ungeraden Nummernschild zu kaufen.

Es geht ja tatsächlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, um relativ hohe Beträge. Es geht um Autos im Wert von z. B. 25 000 €; darauf spart ein Durchschnittsverdiener jahrelang, es entspricht nämlich seinem Nettoeinkommen eines ganzen Jahres. – Genau.

Deshalb stehen für uns als CDU die Menschen im Mittelpunkt und natürlich – wir haben das schon gefordert und werden das auch tun – setzen wir uns eine Prämie für die Nachrüstung von Euro 6 ein. Das hat verschiedene Vorteile. Zum einen belastet es die Bürgerinnen und Bürger wesentlich weniger, wenn man umrüstet, zum anderen modernisieren wir dadurch den Fahrzeugpark, wir bringen nämlich damit die Industrie voran und wir kommen auf Standards, die demnächst auch in anderen Städten notwendig sein werden.

Natürlich sind wir überzeugt, dass die Ideen zur Nachrüstung vor allem in Baden-Württemberg erfunden werden, denn wenn nicht wir als Land der Tüftler, wer dann kann solche Umrüstungsfähigkeiten zusammenstellen.

Noch ein Wort dazu: Wir brauchen, und das wissen wir alle genau, die Dieselschadstoffe noch in den nächsten Jahren, um die Klimaschutzziele, die ambitioniert sind, überhaupt erreichen zu können.

Übrigens: Um innovative Lösungen geht es grundsätzlich bei der Feinstaubproblematik. Out of the box, wie es so schön neudeutsch heißt. Ich möchte hier zunächst einmal auf die lange verlassenen Ideen der Mooswände oder die intensive Straßenreinigung erinnern. Fünf vor zwölf hat die Stadt Stuttgart dieser Idee plötzlich eine Chance gegeben, und siehe da, im März hat an neun von 13 Tagen mit Feinstaubwarnung nachher keine Feinstaubgrenzwertüberschreitung stattgefunden.

Das heißt, alle Maßnahmen – Sie mögen darüber lachen – wirken und sie verhindern, dass wir an solchen Tagen Fahrverbote aussprechen müssen. Insofern müssen wir genau das weiter verfolgen.

Ich darf an dieser Stelle klar sagen, der Verkehrsminister hat einen Vorschlag vorgelegt, den wir nach einigen Nachbesserungen, so ist es in einer Koalition, für einen tragfähigen und verhältnismäßigen Kompromiss halten. Zunächst einmal wurden die Komfortkameras an diesen Tagen verboten und nicht der Autoverkehr. Zudem hat die CDU Wert darauf gelegt, dass, sollte die Zufahrt in den Stuttgarter Kessel tatsächlich an einzelnen Tagen eingeschränkt werden, es natürlich für Handwerker, Lieferanten, Baustellenfahrzeuge und soziale Härtefälle auch Ausnahmen gibt.

Auch bei der weiteren detaillierten Ausgestaltung des Luftreinhalteplans werden wir darauf achten, Einschränkungen für die Menschen so gering wie möglich zu halten und trotzdem gleichzeitig die Gesundheit der Anwohner zu schützen. Es geht nämlich darum,

mit innovativen Ideen zwei Sachen gleichzeitig zu erreichen. Wir können nicht einerseits sagen: „Wir schädigen die Gesundheit der Anwohner“ und andererseits sagen: „Wir lassen keine Autos mehr fahren.“ Wir brauchen die verschiedenen Ideen.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Stoch, die Sie nur sagen: „Man braucht Ideen“, haben wir diese Ideen eben auch und setzen sie um.

Zur Verbesserung der Situation gehören auch langfristig wirkende Infrastrukturmaßnahmen. Da kann man es natürlich machen wie Sie: Man macht fünf Jahre lang nichts, und im Anschluss sagt man: „Na ja, jetzt ist aber die Zeit zu knapp; solche Maßnahmen wirken gar nicht mehr.“

Deshalb fangen wir heute gemeinsam mit dem Koalitionspartner an, Maßnahmen zu ergreifen. Da gehört es natürlich dazu, Möglichkeiten zu finden, wie 20 % des Individualverkehrs, die nur an Stuttgart vorbei wollen, auch an Stuttgart vorbei zu lenken. Dazu gehören eine nachhaltige Verbesserung des Schienennetzes und des öffentlichen Personennahverkehrs insgesamt,

Sanierung und Unterhalt der Schieneninfrastruktur, Ergänzungen im Schienennetz wie z. B. eine zusätzliche Verbindung zwischen Bad Cannstatt und Mitnachtstraße, Steigerung der Leistungsfähigkeit der S-Bahn-Stammstrecke mit dem Steuerungssystem ETCS. All das hätten Sie wenigstens erwähnen können, wenn Sie schon in den letzten fünf Jahren dazu nichts gemacht haben.

Ich erlaube mir, hier auch hinzuzufügen: Wir können uns auch überlegen, ob man nicht Park-and-Ride-Parkplätze deutlich besser auslasten kann, ob man gegebenenfalls auch neue nutzt und – die Digitalisierung macht es möglich – ob man den Übergang zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln massiv erleichtert. Dazu muss man auch nicht für jeden einzelnen Park-and-Ride-Parkplatz ein Business Case aufstellen. Denn 3 Millionen € für Elektrofahrzeuge ist in diesem Sinne kein positives wirtschaftliches Geschäft. Wir müssen vielmehr schauen, dass der Individualverkehr reduziert wird, ohne dass wir Fahrverbote aussprechen müssen.

Sie sehen – vielleicht zu Ihrer Überraschung, liebe Kolleginnen und Kollegen –: Die Zusammenarbeit mit Winfried Hermann funktioniert sehr gut. Manchmal vielleicht auch zu unserer Überraschung.

Aber eine Koalition ist ein Kompromiss, und wir arbeiten innerhalb dieses Kompromisses zielgerichtet an Lösungen.

Schauen wir einmal grundsätzlich auf die Verkehrspolitik. Kaum ist die SPD nicht mehr an der Regierung, gibt es die Zuschüsse für den Ersatz von Schienenfahrzeugen. Die Mittel für

Straßensanierung und die Planung für Bundesfernstraßen sind höher, als Sie es selbst im Wahljahr hinbekommen haben.

– Sie können den Kopf schütteln. Es war doch Ihr Finanzminister, der es blockiert hat. Jetzt sieht es halt anders aus.

Wir haben gehört: Es gibt zusätzliche Ladesäulen, wir stellen 5 Millionen € mehr für Busse bereit, wir machen so viel, dass die Zeit hier gar nicht reicht, das alles aufzuzählen.

Ich möchte zu dem, was alles passiert, trotzdem sagen, um das einmal ganz klar zu machen: Der Bremsklotz ist sicherlich nicht Winfried Hermann, sondern von 2011 bis 2016 haben Sie die Sachen blockiert.

Deshalb stehen Sie jetzt da, wo Sie hingehören, nämlich auf dem politischen Abstellgleis.

Vielen Dank.“